

- (83) S. KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921) Nr. 204 "Der K.A.P.D.-Geist in Belgien und Bulgarien" u. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921) Nr. 229 "Vom Werden der Kommunistischen Arbeiter-Internationale" sowie KAZ Nr. 204 "Die "linken" Kommunisten und die 3. Internationale".
- (84) Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars Nr. 52 vom 23.8.1921, a.a.O..
- (85) Auszug aus dem Lagebericht des Staatskommissars vom 21. u. 22.8.1921 Nr. 18054/21 a.a.O..
- (86) Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars Nr. 52 vom 23.8.1921, a.a.O..
- (87) ebenda.
- (88) ebenda.
- (89) S. Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars Nr. 50 vom 9.8.1921, Nr. 59 vom 16.8.1921, a.a.O., sowie Auszug aus dem Lagebericht des Staatskommissars vom 16.8.1921 Nr. 17554/21, a.a.O., sowie Anlage 5 des Auszugs aus dem Bericht des Reichskommissars vom 16.8.1921: Rundschreiben des Geschäftsführenden Hauptausschusses der KAPD vom 8.8.1921 a.a.O.. S. Auch KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 219 "Bericht von der Zentralausschußsitzung am 31. Juni 1921".
- (90) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 222 "Aus der Partei-Anträge zum Parteitag".
- (91) S. Anlage 5 des Auszugs aus dem Bericht des Reichskommissars vom 16.8.1921: Rundschreiben des Geschäftsführenden Hauptausschusses der KAPD vom 8.8.1921, a.a.O. In diesem Rundschreiben wird aber fälschlicherweise von einem einstimmigen Votum für die Einberufung des Parteitags zum 28.8.21 ausgegangen.
- (92) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 222 "Aus der Partei - Groß-Berlin" u. "Anträge zum Parteitag".
- (93) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 227 "Aus der Partei - Aus dem Bezirk Südwest-Deutschland" Im Rahmen einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Groß-Frankfurt am 16.8.1921 war der Antrag des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin auf Verschiebung des Parteitages um 2 Wochen ausdrücklich gutgeheißen worden.
- (94) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 223 "Provisorische Tagesordnung des Parteitags der KAPD am 11. September 1921".
- (95) Der erweiterte Zentralausschuß der KAPD hatte die nachfolgende "Provisorische Tagesordnung" für den Parteitag vorgeschlagen:
1. Politische Lage
 2. Bericht der Delegation vom 3. Weltkongreß
 3. Die Entwicklung und die Perspektiven der russischen Revolution
 4. Die 3. Internationale und die Notwendigkeit der Schaffung einer kommunistischen Arbeiter-Internationale
 5. Bericht vom Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale
 6. KAPD und AAU. Kartell der Unionen in Deutschland, Die Internationale der Unionen
 7. Jugendfrage
 8. Agrarfrage
 9. Die Unterstützung der Inhaftierten und Flüchtlinge
 10. Organisationsfragen
 11. Verschiedenes u. Wahlen
- (96) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 223. Zum vorgeschlagenen 6. Tagesordnungspunkt (KAPD und AAU). hatte der Wirtschaftsbezirk Pommern auf einer Delegiertenversammlung einen Antrag an den Parteitag zur dortigen Beschlußfassung formuliert:

"Antrag zur Kartellfrage und Internationale der Unionen.

Der Wirtschaftsbezirk Pommern fordert den Parteitag auf zu beschließen:

Die Mitglieder der A.A.U. in der Union sind verpflichtet dafür zu wirken, daß die A.A.U. mit der A.A.U.

Richtung Gelsenkirchen,

mit dem Hand- und Kopfarbeiterverband, dem freien Landarbeiterverband, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes um die proletarische Diktatur, dem Räteystem in Gesellschaft und Organisation, stehen und die Notwendigkeit der Zertrümmerung der Gewerkschaften anerkennen, in eine Kampfgemeinschaft in Form eines Kartells einzugehen, unter vollständiger Wahrung des A.A.U.-Programms. Dieses Kartell ist möglich und notwendig. Notwendig, weil durch die nationale Zusammenfassung der Unionen in Deutschland auch erst ihre internationale möglich wird. Die Voraussetzungen für eine Internationale der Unionen halten wir jetzt schon für gegeben und für dringend, zum Kampf gegen Amsterdam und seine Zelle Moskau. Die Initiative hierzu muß von uns ausgehen, da wir durch unseren Kampf auf den Moskauer Kongressen die Aufmerksamkeit der gesamten ehrlichen Elemente der Internationale auf uns gelenkt haben und sie von uns schnelles Handeln im Interesse der Weltrevolution erwarten. Erfüllen wir diese Hoffnung.

Nachsatz

Es muß auch versucht werden den Schiffsahrts-Bund in das Kartell hineinzuziehen."

S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225.

Auch die Delegiertenversammlung des Wirtschaftsbezirks Thüringen hatte sich in einem Antrag an den Parteitag für die Bildung eines Kartells mit der Freien Bergarbeiter-Union und einem Teil der revolutionären Syndikalisten ausgesprochen.

S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 226.

Zum vorgeschlagenen 8. Tagesordnungspunkt (Agrarfrage) hatte der Wirtschaftsbezirk Pommern ebenfalls einen Antrag an den Parteitag formuliert:

Antrag zur Agrarfrage.

"Der Wirtschaftsbezirk Pommern verlangt, daß unter den Landarbeitern für die Ziele der K.A.P. und Union,

die gleichlautend mit der proletarischen Revolution sind, eine leichtfaßliche Propaganda in klarer und bestimmter Art geführt wird. Er hält die vorbereitende Arbeit durch Flugblätter für notwendig, um die Landarbeitermassen reif zu machen für die Gedankengänge der K.A.P. Gleichzeitig verlangt er die Ausarbeitung eines Programmabschnitts, das praktisch und theoretisch den Propagandaweg und das Ziel festlegt. Erst nach Schaffung dieser Voraussetzungen ist eine großzügige Propaganda für die soziale Revolution auf dem Lande möglich. Der Bezirk Pommern wird helfen diese Voraussetzungen zu schaffen und fordert daher den Parteitag auf, ihn mit theoretischen und praktischen Vorschlägen zu unterstützen.

S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225.

Zu demselben Tagesordnungspunkt veröffentlichte die Kommunistische Arbeiter-Zeitung kurz vor Beginn des Parteitages Thesen zur Agrarfrage.

S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 228 und 229.

Zum vorgeschlagenen 10. Tagesordnungspunkt (Organisationsfragen) hatten mehrere Wirtschaftsbezirke und Ortsgruppen Anträge zum Parteitag formuliert:

Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin:

"Antrag: Der Wirt. Bez. Gr.-Berlin stellt den Antrag, daß zum Parteitag ein bis zwei Vertreter des Aktionsausschusses Groß-Berlin der Arbeitslosen als Delegierte zugelassen werden.

Antrag. Der Wirt. Bez. Groß-Berlin beantragt, daß auch er künftighin neben den anderen vier Wirtsch.-Bez. im erweiterten Hauptausschuß vertreten sein muß.

Antrag: Um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, positive Arbeit zu leisten und Anträge von Wirtschaftsbez. zu Wirtsch.-Bez. eingehend zu beraten und zu prüfen, beantragen wir, kommende Parteitage frühestens 6 Wochen nach der Zentralausschußsitzung stattfinden zu lassen.

Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen, wenn 1/3 der Wirt.-Bez. ihn fordern. Vom Datum der Einberufung bis zum Stattfinden eines außerordentlichen Parteitages müssen mindestens 4 Wochen liegen. Anträge zu allen Parteitagen müssen spätestens 14 Tage vor denselben den Wirt.-Bez. zugestellt sein.

Antrag: Alle Anträge, die bis zum 18. August eingereicht worden sind, müssen auf diesem Parteitag zugelassen werden. Wird der Parteitag verlegt, ändert sich auch die obige Frist bis zum 28. August.

Antrag: Der Wirt. Bez. Groß-Berlin beantragt, daß die Form des Verlanges dieselbe bleibt wie bisher, d.h., daß die Belieferung des Reiches mit Broschüren usw. wie bisher durch den Verlag der Berliner Org. zu geschehen hat.

Antrag: Der Wirtschaftsbezirk Gr.-Berlin stellt den Antrag, daß der laut Organisationsstatut bestehende geschäftsführende Hauptausschuß und der erweiterte Zentral-Ausschuß lediglich befugt ist, der Mitgliedschaft Vorschläge zu machen". S. KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921), Nr. 222.

Wirtschaftsbezirk Nordwest (Wilhelmshaven):

"Der Bezirk Nordwest (Wilhelmshaven) stellt folgende Anträge: "Um bei den Genossen im Reiche die Mitarbeit an der Presse zu wecken, ist es notwendig, daß eingesandte Artikel, die sachlich und im Interesse der Bewegung gehalten sind, veröffentlicht werden."

"Durch die verschiedenen Stellungen innerhalb der AAU. ist es den Mitgliedern der KAPD. freigestellt, ob sie der AAU. angehören wollen oder nicht."

"Die heutige AAU. ist das Sammelbecken einer Waffe, die aus allen Schattierungen besteht. Wir erkennen ihre historische Notwendigkeit an. Ihre organische Selbständigkeit muß in jeder Beziehung gewahrt bleiben." S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 214.

Ortsgruppe Hamburg:

"Anträge der Hamburger Ortsgruppe zum Parteitag.

Die Ortsgruppe Hamburg beantragt:

Der Parteitag beschließt, das Organisationsstatut Punkt 9 von Absatz 2 bis Schluß wie folgt zu ändern:

Die Zentralleitung besteht aus je einem von den Wirtschaftsbezirken gewählten Delegierten und einem geschäftsführenden Ausschuß von 9 Personen, der unmittelbar vom Parteitag mit Stimmenmehrheit gewählt wird. Die Mehrheit des geschäftsführenden Ausschusses ist unbesoldet und muß aus Parteimitgliedern bestehen, deren Wirkungskreis möglichst in den

wichtigsten Wirtschaftsgebieten liegt. Angestellte der KAPD., mit Ausnahme rein technischer Kräfte, dürfen die gleiche Stellung nicht länger als 6 Monate innehaben. Nur in Ausnahmefällen (etwa bei plötzlich eintretender Aktion) kann diese Frist von der Zentralleitung, jedoch höchstens um 3 Monate verlängert werden. Sofortige Wiederwahl ist unzulässig.

Der geschäftsführende Hauptausschuß hat mindestens monatlich einmal in einer Vollsitzung zu tagen; seine Mitglieder sind untereinander gleichberechtigt. Der Zentralleitung steht das Recht zu, vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Parteitages diese Mitglieder abzurufen und durch andere zu ersetzen.

Die politische Kompetenz des geschäftsführenden Ausschusses ergibt sich aus der Tatsache, daß die K.A.P. eine zentral aufgebaute Partei revolutionärer Arbeiter ist. Jede politische Entscheidung, die aus technischen Gründen dem geschäftsführenden Ausschuß überlassen werden muß, soll dieser, wenn irgend möglich, unter Hinzuziehung aller 9 Genossen fällen, mindestens aber müssen 6 Genossen anwesend sein.

Antrag Hamburg: Der Parteitag beschließt Programm und Statut der Partei werden nach endgültiger Fassung in billiger Broschürenform zusammen herausgegeben." S. KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921), Nr. 226.

Ortsgruppe Braunschweig:

"Antrag der Ortsgruppe Braunschweig der KAP. zum Parteitag der KAPD. am 28.8.21.

Um einer revolutionären Arbeiterorganisation die gesunde Grundlage zu geben, ist es unbedingt notwendig, mit den bisherigen Organisationsformen zu brechen. Grundsätzlich zu brechen, weil sonst die Organisation mit Naturnotwendigkeit, dem gleichen Entwicklungsprozeß unterworfen ist, dem gleichen Schicksal entgegen geht, wie alle anderen bestehenden Arbeiterorganisationen:

Verfall infolge innerer Fäulnis.

In Erkenntnis dessen wolle der Parteitag beschließen, die im Nachstehenden skizzierte, grundsätzliche Organisationsform und -taktik zum Prinzip zu erheben und im Parteiprogramm niederzulegen.

Der Parteitag wolle ferner beschließen mit aller Energie dafür einzutreten, daß die gleichen Grundsätze und Prinzipien für die neuzuschaffende "Kommunistische Arbeiter-Internationale" aufgestellt und allen ihr anzuschließenden Bruderorganisationen zur Bedingung gemacht werden.

Der Parteitag wolle ferner beschließen, daß es jedem Mitgliede der KAP. zur Pflicht gemacht wird, nur solchen wirtschaftlichen Organisationen anzugehören, welche bereit sind, die gleichen Grundsätze im Angestelltenverhältnis aufzustellen.

Im Parteiprogramm ist aufzunehmen:

Die proletarische Revolution kann erst dann zum vollen Siege gelangen, wenn sie von innerem Wert und höheren ethischen Zielen getragen, eine Führerschaft duldet, welche nicht aus eitlen Strebern und feigen Kapitalknechten besteht sondern eine Führerschaft welche durch die Glut der Revolution geläutert, zu jedem persönlichen Opfer bereit ist. Die elementare Wahrheit lehrt uns die Entwicklungsgeschichte der allgemeinen Arbeiterbewegung.

Das Wort: "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein", erhält erst dann seine wahre Bedeutung, wenn das Angestelltenverhältnis ein kurzfristig festgelegtes ist, der Angestellte nach Erledigung seiner Aufgabe in die Reihen des kämpfenden

den Proletariats zurücktritt und dort, gleich allen anderen wahren Revolutionären, mit allem Eifer weiterwirkt, bis ihn erneut einmal das Vertrauen der Genossen an das Steuer ruft.

Jedes Mitglied ist, sofern triftige Verhinderungsgründe nicht vorliegen, bei Strafe des Ausschlusses verpflichtet, jede ihm durch Los oder Wahl zufallende Aufgabe gewissenhaft zu erfüllen.

Kein Vertrauensposten innerhalb der Organisation darf in der Hand nur eines Einzelnen sein; überall ein Ersatzmann zur Mitarbeit und Kontrolle. So ist auch bei jeder anderen untergeordneten, ehrenamtlichen Tätigkeit, wie z.B. bei Sammlungen, Beitragserhebungen, Schriften- und Pressebetrieb usw. zu verfahren.

Kein Vertrauensposten innerhalb der Organisation darf länger von ein und derselben Person bekleidet werden als 3 Monate, bei dem "geschäftsführenden Hauptausschuß" 6 Monate, bei höheren Instanzen ein Jahr.

Bei Ausscheiden eines Angestellten oder sonstigen Funktionärs, tritt an dessen Stelle automatisch der Ersatzmann und so fort.

Ausnahme dürfen nur gemacht werden (bedingt) z.B. bei angestellten schriftstellerischen Kräften, welche nicht jederzeit aus den Reihen der Mitglieder ersetzt werden können.

Ausgeschiedene Angestellte können nach einwandfreier Tätigkeit unmittelbar in höhere Posten, jedoch nach Erledigung ihrer Aufgabe in der höchsten Instanz, erst nach Ablauf eines Jahres wiedergewählt werden.

Bei Entsendung von Delegierten - ob zu kleineren Konferenzen oder zu größeren Kongressen - ist, wenn auch in zwangloser Reihenfolge, so aber grundsätzlich Personenwechsel vorzunehmen." S. KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921), Nr. 226.

Wirtschaftsbezirk Spandau-Osthavelland:

1. "Der Wirtschaftsbezirk Berlin beabsichtigt in Verbindung mit den bestehenden Wirtschaftsbezirken Spandau-Osthavelland und Eberswalde einen Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg ins Leben zu rufen. Der Zentralaussschuß erklärt dazu seine Zustimmung bis zur Beschlußfassung durch den Parteitag."

Der Wirtschafts-Bezirk Spandau-Osthavelland bittet diesen Antrag abzulehnen aus folgenden Gründen: 1. Wir halten die jetzige Organisationsform vollkommen für genügend; wir wollen so wenig wie möglich Instanzen schaffen, weil sich dabei eine Instanz auf die andere verläßt und getan wird auch nicht mehr. Die Instanzen erschweren den Gang der Aktion, das haben wir schon so oft erlebt, daß eine Instanz die andere sucht." S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225.

Wirtschaftsbezirk Pommern:

"Antrag des Wirtschaftsbezirks Pommern zum Programm.

Der Parteitag möge beschließen:

Es ist eine Kommission einzusetzen, die unser Programm folgendermaßen erweitert.

1. Analyse der wirtschaftlichen und politischen Zustände;
2. Aufgaben der Partei;
3. Partei und Union;
4. Agrarfrage;
5. Jugendfrage;
6. Internationale und KAP.

Die Beschlußfassung über den Antrag liegt jedoch in Händen der Parteimitglieder. Wir halten die Einführung von Abschnitten über die angeführten Fragen für unbedingt nötig."

S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225.

(97) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 222.

(98) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 223.

(99) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225.

(100) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 226.

(101) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 224.

(102) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225.

(103) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225.

(104) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 229.

(105) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225, worin es heißt:

"Wirtschaftsbezirk Spandau-Osthavelland:

In Nummer 222 der "K.A.Z." steht der Antrag 2 von Groß Berlin, welcher im großen Besagt, daß wir im jetzigen Augenblick von der Bildung einer neuen Internationale noch Abstand nehmen, denn das Werden der Kommunistischen Arbeiter-Internationale ist ein historischer Prozeß.

Wir stimmen diesem Antrag zu."

(106) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225, worin der Antrag des Wirtschaftsbezirks Pommern zur Internationale wiedergegeben wird:

Antrag des Wirtschaftsbezirks Pommern zur Internationale:

"a) Nach den Berichten in der "K.A.Z." halten wir die Stellung unserer Delegierten auf dem 3. Kongress für richtig.

b) Nach den Ergebnissen des 3. Kongresses ist ein Verbleiben der K.A.P. in der 3. Internationale unmöglich. Sie erklärt ihren Austritt.

c) Der russischen Staatspolitik sagen wir schärfsten sachlichen Kampf an mit dem Mittel der marxistischen Wissenschaft. Die russische Regierung ist die Vertreterin des privatkap. Bauerntums und damit unser Klassenfeind. Wir werden sie als solche behandeln. Dem russischen Industrieproletariat sprechen wir nach wie vor unsere Tatsolidarität aus in dem Kampf gegen den bei ihnen beginnenden Neukapitalismus, sowie gegen das internationale Kapital.

d) Prinzipiell die Notwendigkeit der Gründung der K.A.I. anerkennend halten wir technisch den Zeitpunkt für noch nicht da, um sie ins Leben zu rufen. Die Partei hat jedoch die Pflicht, den Entwicklungsprozeß zur K.A.I. zu beschleunigen, durch Schaffung von Klarheit in der Internationale über unser Wesen und Taktik und Zusammenfassung der vorhandenen Opposition zu Intern. Konferenzen und einem Intern. Informations-Bureau."

(107) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 222.

(108) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 219 "Bericht von der Zentralaussschußsitzung am 31. Juli 1921".

(109) S. KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921), Nr. 223: Bezirkskonferenz Nord.

"Wir geben Euch hiermit einen kurzen Bericht über unsere Bezirkskonferenz. Tagesordnung hat Euch vorgelegen. Vertreten waren: Hamburg, Altona, Friedrichsdorf und Kiel. Im Anschluß an den Bericht über die Zentralaussschußsitzung entspann sich eine rege Debatte über alle drei Punkte, die mit Annahme folgender Resolution schloß:

"Die Bezirkskonferenz erklärt nach Entgegennahme des Berichts von der letzten erweiterten Zentralaussschußsitzung:

Die Haltung der KAP.-Delegation auf dem Moskauer Kongreß, soweit sie durch die Presse und den vorläufigen Bericht bekannt ist, wird in allen Einzelheiten gebilligt. Ebenso stellt sich die Konferenz vollinhaltlich auf den Boden der Beschlüsse der erweiterten Zentralaussschußsitzung vom 31. Juli."

Angenommen gegen Kiel. Kiel hat in der ganzen Debatte den Standpunkt

des schärfsten Kampfes gegen die Sowjetregierung vertreten und deshalb war für die Kieler Vertreter Absatz 2 der bekannten Zentralausschußresolution nicht scharf genug."

- (110) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 225. Der Antrag des Wirtschaftsbezirks Mitteldeutschland betr. kommunistische Arbeiterinternationale lautete:
2. Die Bezirkskonferenz lehnt die 3. Internationale als nicht revolutionär ab und begrüßt die im Entstehen begriffene "Kommunistische Arbeiter-Internationale."
- (Gegen eine Stimme angenommen.)
- (111) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 226. "Die Bezirks-Konferenz Thüringen."
- (112) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 219. "Bericht von der Zentral-Ausschußsitzung am 31.7.1921" und Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 50 vom 9.8.1921, in StA Bremen 4.65 II.A. 13a.
- (113) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 222. Die von dem Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin formulierten Anträge zum Parteitag lauteten:

"Zum Parteitag der KAPD.

Die Anträge des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin.

Der Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands steht bevor. Er wird schwerwiegende Fragen entscheidend lösen müssen. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands als der Sturmtrupp der proletarischen Weltrevolution darf in dem rasenden Ablauf der Ereignisse keine Minute stillstehen. Gewaltiges ist geschehen, Gewaltiges wird sich in der nächsten Zukunft entwickeln. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands muß klar und deutlich die kommende Entwicklung voraussehen, offen und ehrlich aussprechen, was ist, und entschlossen und mutig handeln.

Die theoretischen Diskussionen in den Mitgliedschaften haben begonnen. Überall regste und intensivste Tätigkeit. Der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin nahm in seiner Mitgliederversammlung am 12. August folgende Anträge an und unterbreitet sie dem Parteitag der KAPD. zur Beschlußfassung:

1. Der 3. Kongreß der 3. Internationale hat gezeigt, daß die Internationale den vom 2. Kongreß betretenen Weg des Opportunismus konsequent weitergegangen ist.

Die Unterordnung der 3. Internationale unter die kleinbäuerliche russische Staatspolitik bedeutet ein Verbrechen an der Weltrevolution und damit am Weltproletariat.

Die klare Internationale Klassenkampfstellung des untergehenden Kapitalismus erfordert eine von allen bürgerlichen Methoden und Ideologien getrennte Taktik und Organisation der internationalen Arbeiterklasse. Diesen Weg hat der 3. Kongreß nicht beschritten. Schon allein die Aufzeigung dieser Linie hat er mit allerlei Mitteln zu hintertreiben versucht. Die Beschlüsse und Leitsätze des 3. Kongresses, die Achterklärung der sogenannten Linken, zeigen vielmehr, daß die 3. Internationale keine aktive Förderin der Weltrevolution mehr ist. Die KAPD. tritt darum, als sympathisierendes Mitglied aus der 3. Internationale aus.

2. Im schärfsten sachlichen Kampf gegen die Politik der Moskauer Internationale betrachtet die K.A.P.D. den jetzigen Augenblick zur Konstituierung einer neuen Internationale, deren Notwendigkeit sie erkennt, als noch nicht gegeben. Das Werden der kommunistischen Arbeiter-Internationale ist ein historischer Prozeß. Um diesen Ent-

wicklungsprozeß zu beschleunigen, muß durch Zusammenfassung der klassenbewußten Opposition aller Länder, besonders derjenigen in den hochentwickelten Industriestaaten und durch praktische und agitatorische Darstellung der Taktik und Grundsätze der proletarischen Revolution ein Kristallisationspunkt geschaffen werden. Das ist die drängende Aufgabe der Partei.

3. Die nächste Aufgabe ist die Durchführung der Loslösung dieser Opposition und ihres selbständigen Aufbaues als Räteorganisation. Ihre Stellung im revolutionären Kampf des Proletariats muß in programmatischer Bindung Ausdruck erhalten. In den Programmen ist analytisch die revolutionäre Situation der betreffenden Länder aufzurollen und der Weg des Kampfes aus den Klassenverhältnissen heraus zu entwickeln. Die Ablehnung aller gesetzlichen Kampfmittel ist dabei die Voraussetzung.

4. Die Einstellung und Tatbereitschaft der Partei gegenüber Sowjetrußland und seiner Politik hängt vom Verhalten Rußlands gegenüber der Weltrevolution ab. Die Partei führt einen gegebenen Kampf gegen die russische Staatspolitik nicht in den Niederungen der antibolschewistischen und menschewistischen Liga, sondern unter Berücksichtigung der russischen Erfahrungen und Anerkennung der gewaltigen Leistungen des russischen Proletariats auf dem geschichtlichen Kampfplatz der Weltrevolution und mit den aus ihr geborenen Waffen.

5. Der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin hat Stellung genommen zu dem Kongreß der 3. Internationale und zu den Thesen, die unsere Delegation auf diesem Kongreß eingereicht haben. Er billigt sie und hält die Stellungnahme unserer Delegation für richtig.

Diese Anträge müssen sofort von der ganzen Mitgliedschaft der Kommunistischen Arbeiterpartei eifrig und gründlich diskutiert werden. Die Kommunistische Arbeiterpartei muß nun beweisen, daß sie schon jetzt die neuen Probleme der proletarischen Revolution theoretisch ebenso grundlegend entscheiden kann, wie sie sie in der nächsten Zukunft praktisch im Feuer des revolutionären Klassenkampfes wird lösen müssen. Die ganze Welt blickt auf die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands trägt das Samenkorn der proletarischen Weltrevolution in sich. Sie wird es über die ganze Welt aussäen, damit es schnell heranreift und seine Frucht dem Proletariat der ganzen Welt neue Lebenskraft verleiht."

- (114) S. KAZ Nr. 227, "Abänderungsvorschläge des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin..."

- (115) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 227.

- (116) S. KAZ Nr. 226, "offenes Schreiben der Exekutive der 3. Internationale an die Mitglieder der KAPD."

- (117) S. KAZ Nr. 226, "An die Exekutive der 3. Internationale."

In einigen Mitgliederversammlungen von Ortsgruppen der KAPD, die noch unmittelbar vor dem Beginn des Parteitages stattfanden, wurde der Brief der Exekutive der 3. Internationale behandelt, er stieß dann wie bei der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Essen geschehen, auf einhellige Ablehnung der Parteimitglieder:

"Die am 4. September 1921 von der Ortsgruppe Essen gut besuchte Mitgliederversammlung nahm Stellung zu dem Vorschlag des EK. der 3. Internationale betreffs Verschmelzung mit der VKPD. Einstimmig wurde beschlossen, niemals sich den Beschlüssen des 3. Kongresses der 3. Internationale zu fügen.

- Sie billigt die Haltung der KAPD-Delegation auf dem 3. Kongreß und schlägt dem Parteitag vor, schnellstens Wege zu finden, um alle mit uns sympathisierenden Gruppen aller Länder der Erde zusammen zu schließen." S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 229.
- (118) S. KAZ Nr. 229 "Die KAPD auf dem 3. Weltkongreß".
- (119) S. o.V. Die Tätigkeit des Exekutivkomitees in Fragen, die die einzelnen Länder betreffen, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921) Nr. 18, S. 181f.. S. hierzu auch "Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands gegen die Kommunistische Internationale" in: Internationale Presse-Korrespondenz, 1. Jg. (1922), Nr. 1, S. 12.
- (120) Zum Parteitagsverlauf s. Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 7691/21 II. vom 10.10.1921, in StA Bremen 4.65 II.A.13.a. sowie KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. 1921 Nr. 231, 232, 233, 234.
- Im Gegensatz zum Bericht der Mandatsprüfungskommission, (vgl. Protokoll des a.o. Parteitages vom 11.-14.9.1921 S. 52) wonach die Mandate von 46 Delegierten für gültig erklärt wurden, geht der Bericht des Reichskommissars von 76 Delegierten aus.
- (121) Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission waren 21 Wirtschaftsbezirke mit 41 473 Mitglieder durch 46 Delegierte vertreten, 3 Wirtschaftsbezirke mit ca. 4000 Mitgliedern waren demnach nicht vertreten. Im Gegensatz dazu nimmt der Bericht des Reichskommissars vom 10.10.1921 entsprechend dem Geschäftsbericht von Emil Sach unter Top. 10 des Parteitags (Organisation), einen Mitgliederstand von 46 431 zum 1.9.1921 an.
- Laut Angaben der Sicherheitspolizei vom 27.8.1921 (StA Bremen 4.65. II.A.13.a.) betrug die Mitgliederzahl ein Jahr zuvor (August 1920) ca. 40.000 Mitglieder.
- Zur Einteilung der Wirtschaftsbezirke der KAPD s. Klockner, Clemens (Hrsg.) Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD vom 15.-18.2.1921, a.a.O., Einleitung S. 33 Anm. 46.
- (122) S. Protokoll des a.o. Parteitages vom 11.-14.9.1921 S. 6 sowie KAZ Nr. 231.
- (123) In der KAZ (Groß-Berlin) Nr. 229 war auf der Titelseite unter der Überschrift "Vom Werden der Kommunistischen Arbeiterinternationale" gemeldet worden: "Am 5. September ging vom Genossen Hermann Gorter nachstehendes Telegramm ein: "Gestern KAP. Hollands errichtet" " Zu dieser Gründung vermerkte die Redaktion der KAZ weiter: "Wir wünschen unseren holländischen Klassengenossen die besten Erfolge in ihrem schweren Kampfe gegen die reformistische Politik der Moskauer Internationale. Wir stehen damit nicht mehr allein in der Welt im Ringen um die Anerkennung der Grundgedanken unseres Programms. Die holländische Bruderpartei kann versichert sein, daß wir alles tun werden, was in unseren Kräften steht, um das Band zwischen ihr und uns recht eng zu gestalten. In diesem Sinne begrüßen wir die Gründung der KAP. Hollands als den ersten Schritt auf dem Wege zur neuen Kommunistischen Arbeiter-Internationale."
- Obwohl die Exekutive der "Linken der Kommunistenpartei/Bulgariens", im Parteitagsprotokoll wird diese Gruppe auch als "linke kommunistische Bulgaren" bzw. "linkskommunistische Gruppen Bulgariens" bezeichnet, in einem Grußschreiben an den Parteitag mitgeteilt hatte, keinen Vertreter zum Parteitag zu entsenden, trat während des Parteitags doch ein Vertreter "der linkskommunistischen Gruppen Bulgariens", ein Genosse Prodanoff, mit einem Grußwort in Erscheinung. Obwohl der Beitrag Prodanoffs im Protokoll des Parteitages unter der Rubrik "eingegangene Be-

grüßungsschreiben" wiedergegeben wurde, wird dieses Begrüßungsschreiben in der KAZ Nr. 233 als "Ansprache des Genossen Prodanoff (Bulgariens) an den Parteitag der KAPD" ausgewiesen.

Ebenso verhält es sich mit dem Beitrag des Genossen Grulowitsch von der "Linken Gruppe der Kommunistischen Partei Südslawiens". Im Protokoll des Parteitages fällt dieser Beitrag unter die Rubrik "Begrüßungsschreiben", in der KAZ Nr. 234 wird der Beitrag Grulowitschs als "Ansprache des Vertreters der südslawischen Gruppe auf dem Parteitag der KAPD" ausgewiesen. Hierzu ist im Bericht des Reichskommissars vom 10.10.21 vermerkt, daß auf dem Parteitag neben den holländischen Genossen, "noch die Genossen der jugoslawischen, polnischen und bulgarischen K.A.P. zu Worte" kamen. Das würde dafür sprechen, daß Prodanoff und Grulowitsch tatsächlich auf dem Parteitag gesprochen haben.

Für die Beteiligung von Prodanoff und Grulowitsch am Parteitag sprechen auch ihre Unterschriften unter der Deklaration "An die Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt" vom 14.9.1921, s. KAZ Nr. 231.

- (124) S. Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 7691/21 vom 10.10.1921 und Protokoll des a.o. Parteitages vom 11.-14.9.1921 S. 185

(125) Zum Lebenslauf von Emil Sach s. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 179 f.

- (126) Im Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 7691/21 vom 10.10.1921 sind die Pseudonym-Bezeichnungen für die Referenten und Redner des Parteitages aufgeführt.

Die Pseudonymauflistung des Reichskommissars lautete:

"Die Genossen traten auf dem Parteitag unter folgendem Pseudonym auf:

Sach	unter dem Namen	Erdmann
Goldstein	"	"
Mühle, Neukölln	"	"
Reichenbach	"	"
Schwab	"	"
Appel	"	"
Tyessen	"	"
Kunz	"	"
Kunze	"	"
Gottberg	"	"
		Stahl
		Müller
		Seemann
		Sigrist
		Arndt
		Graudenz
		Sachs
		Sachse
		Ackermann"

Daß Graudenz als Tyessen (Thiessen, Thissen) aufgetreten ist ergibt sich aus dem in der Anmerkung Nr. 160 dargestellten Sachverhalt. Bei Kunze, der im Protokoll des a.o. Parteitags nicht namentlich aufgeführt wird, handelt es sich wohl um Fritz Kunze, einem Mitglied der Berliner Parteioption, der nach dem Ausschluß von Schröder und Sach aus der Partei für die KAPD (Berliner Richtung) als Kassenführer verantwortlich war. S. Kool, Frits (Hrsg.), Die Linke gegen die Parteiherrschaft, a.a.O., Anm. 253.

Emil Sach trat demnach auf dem Parteitag als Erdmann auf, daß Sach auch auf dem a.o. Parteitag in Gotha unter dem Pseudonym Erdmann auftrat, kann demnach angenommen werden. S. Klockner, Clemens (Hrsg.) Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD vom 15.-18.2.1921, a.a.O., S. 21ff..

- (127) Zum Lebenslauf von Bernhard Reichenbach s. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 177.

- (128) Auf dem Parteitag trat Reichenbach unter dem Pseudonym Seeman auf, s. Bericht des Reichskommissars Nr. 7691/21 vom 10.10.1921. Reichenbach war auch auf dem 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale als Mitglied der KAPD-Delegation unter dem Pseudonym Seemann aufgetreten. Reichenbach hatte im März 1921 Arthur Goldstein als EKKI-Vertreter ab-

- gelöst. S. Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., S. 259 u. Ihlau, Olaf, a.a.O. S. 22f.
- (129) Zum Lebenslauf von Alexander Schwab s. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 181 f. Schwab trat nach dem Bericht des Reichskommissars unter dem Pseudonym Sigrist auf, im Protokoll des a.o. Parteitags findet sich dieses Pseudonym aber nur einmal wieder (S. 92), bei seinem Referat und seinen sonstigen Beiträgen wird er unter seinem richtigen Namen aufgeführt.
- (130) Zum Lebenslauf von Jan Appel s. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 168. Appel trat auf dem Parteitag unter dem Pseudonym Arndt auf, unter dem Pseudonym "Jan Arndt" arbeitete Appel 1920/21 auch in den mitteldeutschen Bezirken der KAPD/AAU, s. Bericht des Reichskommissars Nr. 7691/21 vom 10.10.1921. Als Mitglied der KAPD-Delegation auf dem 3. Weltkongreß war er unter dem Pseudonym Otto Hempel aufgetreten, s. Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., S. 259. Das läßt vermuten, daß er auf dem a.o. Parteitag in Gotha ebenfalls als Hempel aufgetreten war. S. Klockner, Clemens (Hrsg.), Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD vom 15.-18.2.1921, a.a.O., S. 11 ff.. S. auch, Kool, Frits, a.a.O., S. 605, Anm. 241.
- (131) Zum Lebenslauf von Arthur Goldstein s. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 170 f.. Goldstein trat auf dem Parteitag unter dem Pseudonym Stahl auf, s. Bericht des Reichskommissars Nr. 7691/21, im Protokoll des Parteitages findet sich dieses Pseudonym ebenfalls nicht wieder. Bei seinem Referat wird er unter seinem richtigen Namen aufgeführt.
- (132) Im Protokoll des Parteitages ist der Referent des 4. Tagesordnungspunktes "Die 3. Internationale und die Notwendigkeit der Schaffung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale" als Genosse Dethmann ausgewiesen worden. (S. Protokoll S. 63) Im Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 7691/21 wird der Referent des Tagesordnungspunktes mit Dittmann (Kiel) angegeben. In der Aufführung der Referenten und Debattenredner, die unter einem Pseudonym aufgetreten sind, fehlt der Name Dethmann bzw. Dittmann. S. Bericht des Reichskommissars Nr. 7691/21. Es dürfte sich hierbei wohl um Dr. Adolf Dethmann aus Kiel gehandelt haben, der mit einer Artikelserie "Die Union - was sie ist und was sie nicht ist" im Kampfruf, Jg. II, Nr. 4, 5, 6 und 8 (Januar/Februar 1922) hervorgetreten war und dort seine Auffassung von der Todeskrise des Kapitalismus entwickelt hatte. Dethmann wurde zusammen mit Schröder, Sach, Goldstein im März 1922 von der Berliner Opposition aus der Partei ausgeschlossen. S. Kool, Frits, (Hrsg.) Die Linke gegen die Parteiherrschaft, Olten 1970, S. 139 ff. und Anm. 249 u. 250.
- (133) Zum Verlauf des Gründungskongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale s. Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus a.a.O., S. 204 f.
- (134) Ob es sich bei dem Referenten Meyer, um den Leipziger Metallarbeiter Meyer handelte, der im Mai 1921 unter dem Pseudonym Bergmann als Mitglied der KAPD-Delegation zum 3. Weltkongreß nach Moskau reiste, kann nicht eindeutig beantwortet werden. S. auch Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., S. 259. Im Bericht des Reichskommissars wird Meyer als aus Dresden kommend ausgewiesen. In der Pseudonym-Auflistung des Reichskommissars fehlt der Name Meyer.
- (135) Im Protokoll des Parteitages ist der Name des Referenten des 6. Tagesordnungspunktes mit Börner ausgewiesen. Dieser Name fehlt ebenfalls in der Pseudonym-Auflistung des Reichskommissars. Im Bericht des Reichskommissars wird als Referent dieses Tagesordnungspunktes hingegen Jan Appel genannt ohne seine Pseudonymbezeichnung (Arndt).

- (136) Den 7. Tagesordnungspunkt behandelte laut Protokoll S. 161 Jan Appel unter dem Pseudonym Arndt. Auch im Bericht des Reichskommissars wird als Referent Arndt ausgewiesen, dieses Pseudonym steht entsprechend der Pseudonymauflistung des Reichskommissars für Jean Appel. Auf dem Deckblatt des Parteitagsprotokolls wird der Name hingegen mit Ahrend ausgewiesen, in der Protokollierung des Debattenbeitrages aber mit Arndt. S. Protokoll S. 161 ff..
- (137) S. Klockner, Clemens, (Hrsg.), Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD vom 15.-18.2.1921, a.a.O., S. 270 ff..
- (138) Laut Protokoll S. 169 referierte zur Jugendfrage Gen. Reimann, dieser Name ist bei der Pseudonym-Auflistung des Reichskommissars nicht aufgeführt. Im Bericht des Reichskommissars wird hingegen als Referent dieses Tagesordnungspunktes ein Genosse Paul aufgeführt. Laut Protokoll beteiligte sich Paul zu diesem Tagesordnungspunkt lediglich als Debattenredner. S. Protokoll S. 172
- Zum Tagesordnungspunkt 9 (Agrarfrage) sprach Mühle, auch im Bericht des Reichskommissars wird Mühle als Referent zu diesem Tagesordnungspunkt aufgeführt. In der Pseudonym-Auflistung des Reichskommissars wird das Pseudonym Müller für Mühle verzeichnet, dieses Pseudonym findet sich aber im Protokoll nicht wieder.
- (139) S. Bericht des Reichskommissars Nr. 7691/21.
- (140) S. Bericht des Reichskommissars Nr. 7691/21. Im Protokoll des Parteitages wird über diese Kontroverse zwischen der Berliner Opposition und dem Hauptausschuß nichts vermerkt.
- (141) S. Protokoll des a.o. Parteitages S. 187 ff..
- (142) Zum Lebenslauf von Karl Schröder s. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 180 f.
- (143) Gottberg trat auf dem Parteitag mit dem Pseudonym Ackermann auf, vgl. Pseudonym-Auflistung des Reichskommissars, beide Namen finden sich aber im Protokoll des Parteitages nicht wieder.
- (144) Laut Bericht des Reichskommissars Nr. 7691/21 wird der Genosse Willfrod als Kandidat für den Hauptausschuß vorgeschlagen. In demselben Bericht wird bei der Wiedergabe der Debattenbeiträge im Zusammenhang mit der ablehnenden Haltung der Berliner Opposition gegenüber der Gründung der Kommunistischen Arbeiter-Internationale ein Genosse Willfrod aufgeführt. Im Protokoll des Parteitages wird dieser Name in jeweils verschiedener Schreibweise aufgeführt: Wülfrath, Wilfrod, Wilfrath, Wolf-rath, es handelt sich aber immer um ein und denselben Vertreter der Berliner Opposition. Es ist davon auszugehen, daß es sich dabei um Wilfrath gehandelt hat, der nach Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 248, Anm. 69, nach 1924 Mitglied der Führung der KAPD war.
- (145) S. Bericht des Reichskommissars vom 10.10.21.
- (146) S. Protokoll des a.o. Parteitages S. 51. Der Bericht der KAPD-Delegation vom 3. Weltkongreß war unter Top. 2 von Alexander Schwab erstattet und von Jan Appel (Arndt) ergänzt worden. An der Aussprache über das Referat von Bernhard Reichenbach (Seemann) zur politischen Lage (Top. 1) hatten sich nur Jan Appel (Arndt) und ein Genosse Barbesch beteiligt. Ob der Protokollant diesen Namen (Barbesch) richtig wiedergegeben hat, kann bezweifelt werden, denn Reichenbach geht in seiner Erwiderung auf die Debattenbeiträge zu seinem Referat auf den Beitrag eines Genossen Brandis ein, der im Protokoll aber nicht als Debattenredner verzeichnet ist. Es ist davon auszugehen, daß es sich bei Brandis um Barbesch handelt, bzw. daß es sich bei dem Debattenredner Barbesch um Brandis handelte, der Protokollant aber den Namen falsch wiedergegeben hat. Jedenfalls bezieht sich die Erwiderung von Reichenbach inhaltlich auf den Beitrag von Barbesch. Beide Namen finden keine

- Berücksichtigung in der Aufzeichnung des Reichskommissars über den Verlauf des Parteitages. S. Protokoll des Parteitages S. 28 ff..
- (147) S. Protokoll des a.o. Parteitages S. 122.
- (148) S. Protokoll des a.o. Parteitages S. 122 f. u. KAZ Nr. 232 "Lehren des Parteitages".
- (149) S. Protokoll des a.o. Parteitages S. 78 ff. Zum Lebenslauf von Adam Scharrer s. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 180.
- (150) Im Bericht des Reichskommissars zum Verlauf des a.o. Parteitages werden die Berliner Oppositionsvertreter zu diesem Tagesordnungspunkt mit Woilfrod, Scharter und Berks angegeben. Bei den ersten beiden Vertretern handelt es sich zweifellos um Wilfrath und Scharrer, ob es sich bei dem 3. Berliner Vertreter um Bergs (S. Protokoll S. 92 f.) oder Berks gehandelt hat, kann hier nicht geklärt werden.
- (151) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 25.
- (152) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 25.
- An der Aussprache über den 4. Tagesordnungspunkt beteiligte sich auch ein Vertreter der holländischen KAP, der im Protokoll mit Maer (Holland) aufgeführt wird. S. Protokoll S. 87 f. Im Bericht des Reichskommissars wird als holländischer Vertreter für diesen Teil der Debatte ein Genosse Mund aufgeführt.
- Der Berliner Oppositionsvertreter Bergs (Berks) bezieht sich in seinem Debattenbeitrag zum 4. Top. auf die Begrüßungsrede des holländischen Genossen Jansen (s. Protokoll S. 92), diese Rede ist aber im Protokoll nicht wiedergegeben. Auch im Bericht des Reichskommissars ist von einer Begrüßungsrede des holländischen Vertreters Jansen die Rede.
- Bergs (Berks) verweist im gleichen Zusammenhang auf einen Debattenbeitrag von Karl Schröder, (s. Protokoll S. 94) der im Protokoll aber nicht wiedergegeben ist. Auch im Bericht des Reichskommissars wird ein Redebeitrag von Karl Schröder auf dem Parteitag nicht vermerkt.
- An der Aussprache über den 4. Top. beteiligte sich lt. Protokoll S. 104 eine Genossin Classe, auch im Bericht des Reichskommissars ist in diesem Zusammenhang von einer Genossin Classe die Rede. Auf dem Gothaer Parteitag der KAPD war als Referentin zur Frauenfrage eine Genossin Klasse aufgetreten, es dürfte sich wohl um eine und dieselbe Person handeln. S. Klockner, Clemens, Protokoll des a.o. Parteitages vom 15.-18.2.1921, a.a.O., S. 57.
- (153) Im Protokoll des a.o. Parteitages ist das Abstimmungsergebnis betr. Richtlinien zur Schaffung einer kommunistischen Arbeiter-Internationale nicht vermerkt. Im Bericht des Reichskommissars wird festgehalten, daß die Delegierten Berlins und Bremerhavens dagegen gestimmt hatten.
- (154) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 25.
- (155) S. Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 10.10.1921.
- (156) S. Protokoll des a.o. Parteitages S. 123. Danach wurde der Aufruf einstimmig verabschiedet, auf Grund des Verlaufs der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ist aber nicht anzunehmen, daß die Berliner Vertreter diesem Aufruf zugestimmt hatten. Im Bericht des Reichskommissars ist über das Abstimmungsverhalten der Berliner Opposition zu diesem Aufruf nichts vermerkt. S. auch KAZ Nr. 231 "Zum Parteitag der KAPD", wo ebenfalls von einem einstimmigen Abstimmungsergebnis ausgegangen wird.
- (157) S. Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., S. 204. Zum Verlauf des Kongresses s. Losowsky, A., Der erste internationale Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsverbände, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 18. S. 28 ff..
- (158) S. Bock, Hans Manfred, a.a.O., S.205, s. auch Losowsky, A., a.a.O., S.

- 39 f..
- (159) S. Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 205.
- (160) An der Aussprache beteiligten sich Thissen als Vertreter des Berliner Wirtschaftsbezirks.(Protokoll S. 138 f.) Im Bericht des Reichskommissars wird der Name mit Thiessen wiedergegeben, in der Pseudonymauflistung des Reichskommissars steht für Graudenz das Pseudonym Tyessen. Es ist also davon auszugehen, daß es sich bei Thissen (Thiessen, Tyessen) um John Graudenz handelte. S. zum Lebenslauf von Graudenz, Kerbs, Diethart, John Graudenz 1884-1942, in: Kerbs, Diethart, Uka, Walter, Walz-Richter, Brigitte, (Hrsg.) Die Gleichschaltung der Bilder, Zur Geschichte der Pressefotografie 1930-36, Berlin 1983, S. 74 f.
- (161) Bei den beiden Delegierten der Hand- und Kopfarbeiter-Union handelte es sich laut Protokoll um Vogenbeck und Letsch. Im Bericht des Reichskommissars wird der Name des einen Delegierten mit Vogenbach angegeben.
- (162) Zum Verlauf der Auseinandersetzung zwischen den Delegierten der Hand- und Kopfarbeiter-Union und den Delegierten des Parteitages s. Protokoll des a.o. Parteitages S. 139 ff. und Bericht des Reichskommissars vom 10.10.1921.
- (163) S. Protokoll des a.o. Parteitages S. 159 und KAZ Nr. 231.
- (164) S. Bericht des Reichskommissars vom 10.10.1921.
- (165) Max Hoelz war vom Rechtsschutz der KAPD die Justizräte James Broh und Victor Fraenkel als Anwälte zur Verfügung gestellt worden, außer diesen war auch noch Rechtsanwalt Hegewisch für Max Hoelz als Anwalt tätig. Während letzterer Mitglied der KPD war, verließ James Broh die KAPD nach dem Gothaer Parteitag zusammen mit Franz Pfemfert. Hoelz selbst verließ die KAPD im November 1921. Über den Parteiaustritt von Max Hoelz war in der KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921) Nr. 256 berichtet worden. Über den Prozess gegen Max Hoelz und über seine Haftbedingungen war in der KAZ mehrfach berichtet worden. S. KAZ Nr. 204 "Denkt an Max Hölz", KAZ Nr. 205 "Um Max Hölz", KAZ Nr. 206 "Das Urteil gegen Max Hölz ist das Urteil gegen das revolutionäre Proletariat", KAZ Nr. 208 "Das Schlußwort von Max Hölz", KAZ Nr. 209 "Arbeiter! Vergeßt nicht Max Hölz! Vergeßt nicht Euch selbst!", KAZ Nr. 210 "Der 3. Weltkongreß über Max Hölz". S. Hoelz, Max, Vom "weissen Kreuz" zur roten Fahne. 3. neugefasste Auflage, Frankfurt 1977, S. 187 sowie Dokumentarischer Anhang: Max Hoelz und die KPD, ebenda S. 421.
- (166) Zu Franz Peter Utzelmann s. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 183 und KAZ Nr. 246 "Ein Brief aus dem Zuchthaus vom Genossen Utzelmann" sowie KAZ Nr. 204 "Verbrecher" Brief des Genossen Franz Utzelmann aus dem Haller Gefängnis u. KAZ Nr. 210 "Genosse Franz Utzelmann". Daß Fraenkel auch über den Fall Franz Peter Utzelmann berichtete, ist dem Bericht des Reichskommissars vom 10.10.1921 zu entnehmen, die Rede Fraenkels war dem Protokoll nicht beigelegt worden, sie ist auch später nicht veröffentlicht worden. S. auch Protokoll des a.o. Parteitages S. 164.
- (167) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 232 "Lehren des Parteitages".
- (168) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 237 "Die revolutionären Kommunisten Englands schließen sich der kommunistischen Arbeiter-Internationale an!".
- (169) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 248 "Aus der Internationale - Vor der Konferenz der linken Kommunisten Bulgariens".
- (170) S. KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921), Nr. 255 "Bericht von der Zentralausschußsitzung", sowie Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 26. S. auch KAZ Nr. 250 "Parteisplaltung in Rußland?".
- (171) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 239 "Aus der Internationale -

- Aus Holland", sowie Kool, Frits, a.a.O., S. 143, sowie Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 344.
- (172) Kool Frits, a.a.O., S. 142 f.. Dagegen aber Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 346, wonach es in England trotz mehrfacher Ankündigungen der englischen Linkskommunisten, daß eine Konstituierung der englischen KAP bevorstehe, es dort nicht zu einer organisatorischen Zusammenfassung der politischen Kräfte um Sylvia Pankhurst auf KAP Basis kam. S. auch KAZ Nr. 255 "England - Die Kommunistische Partei kapituliert vor der Arbeiterpartei und den reaktionären Gewerkschaften".
- (173) S. Kool, Frits, a.a.O., S. 143 und Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 345.
- (174) S. Kool, Frits, a.a.O., S. 142, sowie Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 341 ff., sowie KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 255 "Bericht aus der Zentralauschußsitzung".
- (175) S. Proletarier (Heft 9/10 Oktober-November 1921) herausgegeben vom Organisations-Bureau der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, s. auch Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 26.
- (176) Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 341.
- (177) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 26 und KAZ Nr. 255.
- (178) S. KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921), Nr. 237 "Aus der Partei-Bezirkskonferenz Westsachsen der KAP. und KAJ".
- (179) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 239 "Aus der Partei - Die KAP. in Westsachsen".
- (180) S. KAZ Nr. 239 "Der Bezirk Südwestdeutschland zur kommunistischen Arbeiterinternationale".
- (181) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 245 "Bericht von der kombinierten Bezirkskonferenz der KAPD. und AAU. des Wirtschaftsbezirks Südwestdeutschland".
- Auch die Reichskonferenz der AAU hatte einen entsprechenden Beschluß gefasst, wonach im Organisationsbüro der KAI ein Vertreter der AAU mit Sitz und Stimme vertreten sein müsse. Diese Forderung wurde vom Geschäftsführenden Hauptausschuß der KAPD aber mit folgender Begründung abgelehnt:
- "Die KAI ist der bewußte Zusammenschluß rein politischer Organisationen, international. Die Union ist Klassenorganisation, aufgebaut aus dem Produktionsprozess heraus. Ein internationaler Zusammenschluß fehlt noch. Wohl aber bestehen bereits - oder sind in der Bildung begriffen - außer in Deutschland - Betriebsorganisationen oder ihr wesensähnliche Vereinigungen in Holland und England. Es geht grundsätzlich nicht an, daß eine andersgeartete Organisation in der KAI Rechte hat, die hinausgehen über Information und Forderung des gegenseitigen Verständnisses füreinander, über Vertretungen auf gemeinsamen Kampf. Und es geht schon gar nicht an, daß diesen Anspruch die Betriebsorganisationen eines Einzellandes erheben. Dieser Wunsch hat seinen Ursprung in den Auseinandersetzungen, die über Zusammenhang und über Arbeitsrichtung von KAP. und AAU. stattfinden. Aber gerade die erkannte Pflicht zur Selbständigkeit beiderseits verlangt die Ablehnung dieses Beschlusses. Schon ganz und gar in einem Augenblick, in der die KAP. eben erst zu selbständiger Arbeit in die internationale Kampfarena tritt."
- S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 249 "Zur Internationale der Unionen". S. auch KAZ Nr. 246 und 248 "Die Lage der Union". Auch die am 19. bis 21.11.1921 in Berlin stattgefundene Reichskonferenz der kom-

- munistischen Arbeiterjugend (s. KAZ Nr. 247) hatte einen Beschluß gefaßt, wonach die Jugendorganisation der KAP mit Sitz und Stimme im Organisationsbüro der KAI vertreten sein müsse. Auch diese Forderung wurde von Karl Schröder auf der Zentralauschußsitzung am 18.12.1921 kategorisch abgelehnt. S. KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921), Nr. 255 "Bericht von der Zentralauschußsitzung".
- (182) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 245 "Bericht von der Zentralauschußsitzung".
- Die Zeitungsfrage war noch einmal auf der Tagesordnung im Rahmen der Zentralauschußsitzung am 18.12.1921. S. KAZ Nr. 256 (Bericht von der Zentralauschußsitzung vom 18.12.1921). Nach Kools, Frits, a.a.O., S. 136 gelang es der Parteiopposition erst Anfang 1922, daß sie in den Spalten der KAZ ihre Meinung äußern durfte. Zum Stand der KAPD-Presse s. auch Bericht des Reichskommissars Nr. 7691/21 a.a.O..
- (183) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 256 "Bericht von der Zentralauschußsitzung vom 18.12.1921".
- Auf dieser Sitzung nahm Karl Schröder zur Arbeit des internationalen Organisationsbüros Stellung. Er führte aus, daß das Büro in jeder Weise große Schwierigkeiten zu überwinden habe, da die finanziellen Mittel für eine effektive Arbeit nicht vorhanden seien. Das Büro habe nach dem Parteitag zunächst die Beschlüsse desselben durchgeführt, Aufrufe herausgegeben, weitere Schreiben versandt, Analysen der Klassenbewegung der einzelnen Länder eingefordert, die Vorarbeiten für die Abhaltung eines internationalen Kongresses vorangetrieben. Das Büro habe sich in Verbindung gesetzt mit sympathisierenden Gruppen in Italien, Spanien, Amerika, Frankreich, Österreich, Jugoslawien und Bulgarien. Zur Einschätzung der Arbeit des Internationalen Informationsbüros s. auch Bock, Hans Manfred, Geschichte des "linken Radikalismus" in Deutschland. Ein Versuch. Frankfurt 1976, S. 113 f..
- (184) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 26.
- (185) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 256, "Bericht von der Zentralauschußsitzung am 18.12.21", hier v.a. die Kontroverse zwischen dem Vertreter der Berliner Parteiorganisation einerseits und Karl Schröder vom Internationalen Organisationsbüro und Adolf Dethmann vom Geschäftsführenden Hauptausschuß andererseits betr. Selbständigkeit einer besonderen Jugendorganisation innerhalb der Partei.
- (186) S. Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 244.
- (187) Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 244.
- (188) ebenda.
- (189) Daß es sich bei dem Verfasser der Artikelserie "Die Union, was sie nicht ist und was sie sein soll", in "Der Kampfpruf", 2. Jg. Nr. 4, 5, 6 und 8 um Adolf Dethmann gehandelt hat, darauf hat Kool, Frits, a.a.O., S. 139 und S. 606, Anm. 249 hingewiesen. S. auch KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 245 "Bericht von der Zentralauschußsitzung am 31.10.1921", wo ein Referent, der über Taktik sprach, die Auffassung vertrat, daß der Kapitalismus sich in seiner Todeskrise befinde. Siehe in diesem Zusammenhang auch KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 246 u. 248 "Die Lage der Union", sowie KAZ Nr. 237, 239, 240, 241 und 243 "Zur Taktik der Partei".
- (190) S. Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 244.
- (191) Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 26.
- (192) ebenda.
- (193) S. KAZ (Groß-Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 18-22 "Bericht von der Zentralauschußsitzung am 5./6. März 1922".
- (194) Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 244.

- (195) S. Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 244 und Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 27.
 (196) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 27 und Kool, Frits, a.a.O., S. 141.
 (197) S. Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 244 und KAZ (Groß-Berlin) 3. Jg. 1922, Nr. 19.
 (198) S. Kool, Frits, a.a.O., S. 141 und Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 27.
 (199) S. Kool, Frits, a.a.O., S. 140 f..
 (200) Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 244.
 (201) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 27 u. Kool, Frits, a.a.O., S. 141.
 (202) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 27.
 (203) S. Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 245.
 (204) Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 244 f..
 (205) S. Kool, Frits, a.a.O., S. 142.
 (206) S. Kool, Frits, a.a.O., S. 142 und Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 28.
 (207) ebenda. Im Auszug aus dem Lagebericht des Staatskommissars Nr. 19154/22 vom 11.8.1922, in: StA Bremen 4.65 II.A.13a war über die Lage der KAPD (Berliner Richtung) wie folgt berichtet worden: "Sowohl von der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (K.A.P.D.) wie von der Allgemeinen Arbeiter-Union Berliner Richtung wird zur Zeit eine rege agitatorische und organisatorische Tätigkeit entfaltet. So beschäftigt man sich auf Seiten der A.A.U. augenblicklich mit einem umfassenden neuen Aufbauplan für die gesamte Organisation, beginnend mit den Obleuten in den Einzelbetrieben bis hinauf ... zur Reichskonferenz. Das Verhältnis zwischen K.A.P.D. und A.A.U., die man gewissermaßen als Schwesternorganisationen ansprechen darf, erscheint zur Zeit nicht frei von Trübungen und Unstimmigkeiten. Deutlich trat dies kürzlich in einer gemeinsamen Sitzung der Funktionäre beider Organisationen für den Bezirk Groß-Berlin zutage. Hier sah sich der Referent der K.A.P.D. genötigt, scharf gegen diejenigen Tendenzen in der A.A.U., die sich gegen die Partei wenden, aufzutreten und nachdrücklich die Notwendigkeit der politischen Parteiorganisation und des politischen Parteikampfes zu betonen. In der Diskussion, die sich hierbei entspann, platzten alsdann die Geister heftig aufeinander. Diese Vorgänge beweisen, daß in der A.A.U. Berliner Richtung syndikalistische Stimmungen und Strömungen, die der Abkehr von jeglichem politischem Parteiwesen zuneigen und den Kampf der Arbeiterklasse auf rein wirtschaftlichem Gebiete geführt wissen wollen, wieder die Oberhand gewonnen haben."
 Im Auszug aus dem Lagebericht des Staatskommissars Nr. 27954/22 vom 23.11.1922 wird der Mitgliederstand der KAPD (Berliner Richtung) für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin mit "augenblicklich kaum 2000 offizielle Mitglieder" angegeben. Hinsichtlich der Aktivitäten der Partei wird folgendes vermerkt: "Ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Aufhetzung zu Demonstrationen und Plünderungen verdient daher Beachtung ... Die K.A.P.D.-Leitung hofft dadurch, wie im Vorjahre, die Führung der Arbeitslosen wieder in die Hans zu bekommen, wobei sie von der Ansicht ausgeht, daß die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten im großen Umfang zunehmen wird. Daneben versucht die K.A.P.D. Einfluß auf die einkaufenden Hausfrauen zu gewinnen und hat mit dieser Sondermission die Genossinnen Classe, Passenheimer und Frieda Müller beauftragt. Diese sollen die Genossinnen in den einzelnen Distrikten zu besonderen Zusammenkünften einberufen, in denen gegen Teuerungen und Wucher gesprochen und Beschlüsse gefaßt werden sollen. Nach dem Muster des Vorgehens der K.P.D. werden besonders die Markthallenversammlungen empfohlen, aus denen sich naturgemäß am leichtesten Plünderungsversuche ergeben können.
 Sowohl bei der K.A.P.D. wie bei der A.A.U. will man besondere Umlagen

- zur Hebung der Aktionsfähigkeit veranstalten. Man ist der Ansicht, daß bei Taktationen der Hungernden und Arbeitslosen die Gewerkschaften sowohl als auch die K.P.D. bei Seite geschoben werden können."
 (208) S. Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 245 und KAZ (Groß-Berlin) 3. Jg. (1922), Nr. 35 "Fünfter Parteitag der KAPD in Essen". Danach waren auf dem Essener Parteitag der KAPD (Berliner Richtung) 11 Delegierte von 7 Wirtschaftsbezirken mit vollgültigen Mandaten ihres Bezirkes anwesend. Vertreten waren die Wirtschaftsbezirke: Groß-Berlin, Rheinland-Westfalen, Besetzte Zone, Mitteldeutschland, Südwest, Nord, Brandenburg-Nord. Außerdem waren vertreten 2 Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses, 1 Vertreter der KAZ, 1 Vertreter des "Klassenkampf", 1 Vertreter der AAU, 1 Vertreter der "VRUK", 1 Vertreter des Arbeitsausschusses des Bezirks Rheinland-Westfalen, 1 Vertreter der KAJ, 1 Referent und 39 Gäste. Die Tagesordnung wurde folgendermaßen festgelegt:
 1. Politische Lage
 2. Programm und Taktik der Partei
 3. Partei und Union
 4. Partei und Jugend
 5. Internationale
 6. Abänderungsanträge zum Programm
 7. Vereinigte revolutionäre Unterstützungskommission (VRUK)
 8. Organisatorisches
 9. Verschiedenes
 Zur Parteispaltung führte das Mitglied des Geschäftsführenden Hauptausschusses Kalbitzer u.a. aus: "In dieser Situation muß uns der verbrecherische Versuch einiger Personen, die KAP. zu spalten und zu zerschlagen, doppelt verräterischer erscheinen. Der Versuch ist zwar abgeprallt, isoliert stehen diese Leute da ohne Anhang, er hat aber unsere Kampfkraft eine Zeit lang unnötig geschwächt und hat uns eine Reihe guter Genossen gekostet, die sich, verzweifelt über soviel Verrat, zunächst abseits jeder politischen Bewegung stellten. Der Parteitag hat die Aufgabe, rücksichtslos den Trennungsstrich zwischen der Partei und den Leuten, die da versuchten, als Zelle innerhalb der Partei zu wirken, zu ziehen und hat alle diesbezüglich notwendigen organisatorischen Konsequenzen und Maßnahmen zu treffen. Er hat ferner die Lehren aus den letzten Vorgängen zu ziehen und diese Erkenntnis auch programmatisch festzulegen."
 (209) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 27.
 (210) Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 28 terminiert die Gründung der KAI auf den 5. März 1922, kurz bevor Schröder aus der KAPD ausgeschlossen wurde. Danach sollen außer Vertretern der KAP auch Delegierte linkskommunistischer Gruppen aus England, Russland, Italien, Amerika, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Holland teilgenommen haben. Dagegen nehmen Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 342 und Kool, Frits, a.a.O., S. 142 und Reichsbach, Bernhard, a.a.O., S. 139 den Monat April 1922 als Gründungsmonat der KAI an. Danach sollen nur Vertreter der holländischen KAP an diesem Gründungskongress teilgenommen haben.
 (211) S. Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 344.
 (212) Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 347.
 (213) Nach Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 28 soll Arthur Goldstein bereits im Juli 1922 zur SPD übergegangen sein, Karl Schröder und Bernhard Reichenbach sollen ihm kurz später in die SPD gefolgt sein. Emil Sach soll sich dagegen nicht der SPD angeschlossen haben, sondern sich nicht mehr

weiter politisch betätigt haben.

(214) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 29. S. auch Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Abteilung IA. vom 25.2.1924, StA Bremen, II.A.13a, der über die Aktivitäten der KAPD (Berliner Richtung) wie folgt Auskunft gibt:

"Die Kommunistische Arbeiterpartei (K.A.P.D.) und die Allgemeine Arbeiter-Union - Betriebsorganisation (A.A.U.) haben am 3. und 4. d. Mts. in Berlin eine Reichskonferenz abgehalten, bei der 46 Delegierte anwesend waren. Vertreten waren die Bezirke Berlin, Brandenburg, Wasserkannte, Mitteldeutschland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Südwest, Thüringen und Rheinland-Westfalen, ferner die Reichsleitung beider Organisationen, die Berliner Pressekommission, die kommunistische Arbeiterjugend und die Vereinigte revolutionäre Unterstützungskasse. Hartwig Halle leitete die Tagung.

Nachdem Dr. Schwab einen Vortrag über die Währungsfrage gehalten hatte, wurde über die Lage in den einzelnen Bezirken Bericht erstattet. Danach haben sich die K.A.P.D. und A.A.U. trotz Ausnahmezustand und Arbeitslosigkeit in den Bezirken verhältnismässig gut gehalten, in Brandenburg sogar neue Ortsgruppen gebildet. Der Klassenkampf erscheint für Groß-Berlin jetzt, obwohl er an Arbeitslose nicht mehr unentgeltlich gegeben wird, in 17.000, und der "Proletarier" in 7000 Exemplaren. Die A.A.U. hat erheblichen Mitgliederzuwachs bekommen und zwar infolge der Massenflucht aus den Gewerkschaften in Mitteldeutschland, in den sächsischen Bezirken und in Thüringen haben beide Organisationen angeblich stark unter militärischem Drucke und behördlichen Verfolgungen zu leiden gehabt. Im besetzten Gebiet seien sie, wie in den Berichten rühmend hervorgehoben wird, die einzigen Arbeiterorganisationen gewesen, die sich nicht von den Franzosen und den Separatisten hätten ins Schlepptau nehmen lassen. In zahlreichen Bezirken sind K.A.P.D. und A.A.U. nicht unbeträchtlich durch die gesteigerte Agitation der A.A.U. (Einheitsorganisation) und durch die allgemeine Zerfahrenheit behindert worden, die "infolge der stets wechselnden Parolen der K.P.D. in die Arbeiterschaft hineingebracht worden sei." Die Kommunistische Arbeiterjugend ist mit Ausnahme von Mitteldeutschland, wo sie die Stütze der Partei bilden, in allen Bezirken, auch in Berlin, recht schwach. Die Vereinigte revolutionäre Unterstützungskasse musste infolge Geldmangels ihre Zahlungen teilweise einstellen.

K.A.P.D. und A.A.U. unterhalten lebhaft Verbindung mit den gleichartigen Gruppen in Holland, England, Belgien, Spanien, Bulgarien und der Schweiz. Eine internationale organisatorische Bindung beabsichtigt man jedoch nicht, man will nicht denselben Mißerfolg erleben, den die Essener Richtung der K.A.P.D. mit der Gründung ihrer IV. Internationale erlebt hat. Auch viele Essener haben nunmehr diese Internationale, in der sie jetzt ebenfalls nur eine Art Spielerei sehen, völlig aufgegeben.

In der kommenden Wahlperiode wollen K.A.P.D. und A.A.U. im Gegensatz zu ihrer früheren Passivität dieses Mal "grösste Aktivität" zeigen, d.h. durch alle nur möglichen Mittel die Arbeiterschaft von der Beteiligung an der Wahl abzuhalten versuchen; denn beide Organisationen sind, wie bekannt, antiparlamentarisch. Klebezettel, die sich gegen die Wahlbeteiligung aussprechen und die Druckschrift "Nieder mit dem bürgerlichen Parlament, alle Macht den Räten", sollen überall angebracht bzw. verteilt und überall Versammlungen gegen die Wahl abgehalten werden. Auch will man in kommunistischen Wahlversammlungen zu antiparlamentarischen Ausführungen das Wort nehmen. Ueberhaupt geht das Be-

streben sowohl der K.A.P.D. wie der A.A.U. dahin, wo immer nur möglich, der K.P.D. entgegenzutreten. Der Gedanke an eine Arbeitsgemeinschaft mit dieser, der vor etwa einem Monate in Berlin und zwar als Folge der durch den Ausnahmezustand geminderten Bewegungsfreiheit aufgetaucht war und hier und da bereits Anklang gefunden hatte, ist also wieder zu Grabe getragen. Übrigens ist bei der geringen Mitgliederzahl der K.A.P.D. und der A.A.U. der Einfluß der beiden auf die Arbeiterschaft verhältnismässig gering."

(215) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 29.

des
außerordentlichen Parteitages
der
Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
vom 11. bis 14. 9. 1921 in Berlin